

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	15
Einleitung .....	19
A Anlass der Untersuchung .....	19
B Fragestellung und Gang der Untersuchung .....	22
1. Teil: Der Nachbarschutz im öffentlichen Baurecht nach der Lehre vom subjektiv-öffentlichen Recht .....	25
A Begriff und Rolle des subjektiv-öffentlichen Rechts in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland .....	25
I. Der Begriff des subjektiv-öffentlichen Rechts .....	26
II. Die Grundlagen der Schutznormtheorie .....	27
1. „Zwingender“ Rechtssatz .....	27
2. Das Interessenschutzkriterium .....	28
a) Unterscheidung zwischen Adressaten und Dritten .....	28
aa) Adressaten .....	28
bb) Dritte .....	29
b) Die „ältere“ Schutznormtheorie .....	29
c) Die „neuere“ Schutznormtheorie .....	30
d) Die Relevanz der Grundrechte im subjektiven Recht .....	31
aa) Norminterne und normexterne Wirkung der Grundrechte? .....	31
bb) Die faktische Betroffenheit .....	32
cc) Richterliche Drittschutzgewährung als Rechtsschöpfung .....	32
dd) Stellungnahme .....	33
e) Heutige Praxis zur Ermittlung der Schutzrichtung der Norm ..	34
3. Das Rechtsmacht Kriterium .....	36
a) Die Vermutungsthese nach Bachof .....	36
b) Das Rechtsmacht Kriterium im mehrpolaren Rechtsverhältnis ..	37
III. Ergebnis .....	38
B Die Entwicklung des baurechtlichen Nachbarschutzes .....	39
I. Die Anfänge der Nachbarschutzrechtsprechung .....	39
1. Nachbarschutz aus einfachem Recht .....	39

2. Nachbarschutz aus Art. 14 Abs. 1 GG .....	41
II. Das Rücksichtnahmegebot .....	42
1. Die Wende – Das Urteil des BVerwG vom 25.02.1977 .....	42
2. Kriterien nach der früheren Rechtsprechung – qualifizierende und individualisierende Umstände .....	42
3. Modifikation durch das Urteil des BVerwG vom 19.09.1986 .....	44
III. Die neuere Entwicklung – erweiterte Nachbarrechte im Bauplanungsrecht? .....	45
1. Anspruch auf Erhaltung des Gebietscharakters .....	45
2. Urteil des BVerwG vom 24.09.1998 – Herleitung der drittschützenden Wirkung des § 1 Abs. 6 BauGB a.F. ....	47
3. Gebietserhaltungsanspruch auch im Rahmen des § 15 Abs. 1 S. 1 BauNVO .....	48
4. Die Ausweitung des Rücksichtnahmegebots in der heutigen Praxis des BVerwG .....	48
IV. Drittschutz aus den Grundrechten .....	49
V. Ergebnis .....	51
C Subjektiv-rechtliche Ansprüche des Nachbarn aus dem Bauplanungsrecht .....	52
I. Der nachbarschützende Charakter einer Norm .....	53
1. Generell nachbarschützende Normen .....	53
2. Partiiell nachbarschützende Normen .....	53
a) Objektiv-rechtliche Rücksichtnahme .....	54
b) Subjektiv-rechtlicher Anspruch auf Rücksichtnahme .....	54
3. Eingrenzung der einwendungsberechtigten Nachbarn .....	54
a) Räumliche Eingrenzung .....	55
b) Personelle Eingrenzung .....	55
II. Materieller Nachbarschutz im Bauplanungsrecht .....	56
1. Abwägungsgebot, § 1 Abs. 7 BauGB .....	56
2. Festsetzungen des Bebauungsplans, § 30 BauGB .....	57
a) Art der baulichen Nutzung, § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 1 – 14 BauNVO .....	57
b) Maß der baulichen Nutzung .....	59
c) Festsetzungen über die Bauweise .....	61
d) Festsetzungen über die überbaubare Grundstücksfläche .....	62
e) Das partiell drittschützende Korrektiv des § 15 Abs. 1 BauNVO .....	63
3. Die Ausnahmeerteilung nach § 31 Abs. 1 BauGB .....	63
4. Die Befreiungserteilung nach § 31 Abs. 2 BauGB .....	64
5. § 33 BauGB .....	65

6. Unbeplanter Innenbereich, § 34 BauGB .....	66
a) Partieller Drittschutz nach § 34 Abs. 1 BauGB .....	66
b) Genereller Nachbarschutz nach § 34 Abs. 2 BauGB .....	67
c) § 34 Abs. 4 BauGB .....	68
7. Außenbereich, § 35 BauGB .....	69
a) Privilegierte Vorhaben, § 35 Abs. 1 BauGB .....	69
b) Sonstige Vorhaben, § 35 Abs. 2 BauGB .....	70
III. Ergebnis .....	70
2. Teil: Streitthema Rücksichtnahmegebot im Baunachbarschutz –	
Kritik und Lösungsansätze in der Literatur .....	73
A Einwände und Lösungsansätze .....	73
I. Die fehlende dogmatische Grundlage – Rechtsschutz aufgrund rein faktischer Betroffenheit .....	73
1. Lösungsansätze – Abkehr von der Schutznormtheorie .....	74
2. Stellungnahme .....	74
II. Die fehlende Vorhersehbarkeit aufgrund eines konturenlosen Zumutbarkeitsbegriffs .....	75
1. Rücksichtnahme und Abwägungsgebot .....	75
2. Lösungsansätze .....	76
a) Der Rückgriff auf Art. 2 Abs. 1 und Art. 14 GG .....	77
b) Lösungsansatz nach Breuer und Wahl .....	78
3. Stellungnahme .....	78
III. Die Tendenz des Rücksichtnahmegebots zur Auflösung der Schutznormtheorie .....	80
1. Lösungsansatz – pluralistisches Schutznormmodell .....	80
2. Stellungnahme .....	81
IV. Die Obsoleszenz des Rücksichtnahmegebotes .....	82
1. Lösungsansatz – Drittschutz bauplanungsrechtlicher Vorschriften ohne Hinzutreten qualifizierender und individualisierender Umstände .....	82
a) Drittschutz im unbeplanten Innenbereich, § 34 Abs. 1 BauGB .....	83
b) Drittschutz im Außenbereich, § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 BauGB ..	84
c) Drittschutz aus § 31 Abs. 2 BauGB .....	86
d) Drittschutz aus § 15 Abs. 1 BauNVO .....	89
2. Stellungnahme .....	90
B Ergebnis .....	91

3. Teil: Der verwaltungsgerichtliche Rechtsschutz unter europäischem Einfluss .....	95
A Europäisierung der nationalen Verwaltungsrechtsordnung – Einführung in die Problematik .....	95
I. Europarechtliche Vorgaben durch Grundsätze des Gemeinschaftsrechts .....	97
1. Vorrang des Gemeinschaftsrechts .....	97
2. Äquivalenzgrundsatz und Effektivitätsgebot .....	97
3. Gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung .....	99
II. Grundbedingungen der Europäisierung .....	100
1. Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten .....	100
2. Unmittelbare Wirkung des EG-Rechts .....	101
III. Zwischenergebnis: Duales Regelungsregime im Verwaltungsprozessrecht .....	101
B Das französische Konzept des Individualrechtsschutzes .....	103
I. Das Verwaltungshandeln im französischen Recht .....	103
1. Abstrakt-generelle Regelungen ( <i>actes réglementaires</i> ) .....	103
2. Andere einseitige Verwaltungsmaßnahmen .....	104
II. Verwaltungsrechtsschutz in Frankreich .....	105
1. Verwaltungsinterner Rechtsschutz .....	105
2. Verwaltungsgerichtliches Klageverfahren .....	106
3. Klagearten .....	107
a) Zur Zulässigkeit der Aufhebungsklage ( <i>recours pour excès de pouvoir</i> ) .....	108
b) Die Bedeutung des <i>intérêt pour agir</i> .....	108
4. Das <i>intérêt pour agir</i> und die Belange des Nachbarn im Baurecht .....	109
III. Baurechtlicher Drittschutz im Rechtsschutzsystem von Frankreich im Vergleich zu Deutschland .....	112
C Das europäische Konzept des Individualrechtsschutzes .....	113
I. Individualrechte im Gemeinschaftsrecht .....	113
1. Direkter Vollzug .....	114
2. Indirekter Vollzug .....	115
a) Individualrechte aus unmittelbar wirksamen EG-Recht .....	115
b) Individualrechte aus Umsetzungsrecht .....	117
c) Zwischenergebnis .....	117
3. Kriterien zur Ermittlung von Individualrechten .....	118
a) Die Rechtsprechung des EuGH .....	118
aa) Individualrechte aus Umsetzungsrecht .....	119

bb) Individualrechte aus unmittelbar anwendbarem Gemeinschaftsrecht .....	120
cc) Zwischenergebnis .....	121
b) Begründungsansätze im Schrifttum .....	122
aa) Elemente der Schutznormlehre auf Gemeinschaftsebene .....	122
bb) Objektiv-rechtlicher Ansatz .....	123
cc) Schutzzwecktheoretischer Ansatz .....	123
dd) Vermittelnde Theorien – Kombination der dargestellten Ansätze .....	124
c) Auswertung und Stellungnahme .....	125
II. Individualrechtsschutz in Deutschland und Frankreich im Vergleich zum Gemeinschaftsrecht .....	127
1. Deutsches und Europäisches Konzept im Vergleich .....	127
2. Französisches und Europäisches Konzept im Vergleich .....	128
3. Ergebnis .....	129
III. Rechtsdurchsetzung und Rechtsbehelf .....	130
D Dogmatische Verarbeitung im Deutschen Verwaltungsprozessrecht .....	131
I. Rezeption gemeinschaftsrechtlicher Individualrechtspositionen .....	132
1. Individualschutz unmittelbar aus den Grundrechten .....	133
a) Lösungsansatz .....	133
b) Wertung .....	134
2. Europarechtskonforme Interpretation des § 42 Abs. 2 VwGO (Prozessuale Lösung) .....	134
a) Lösungsansatz .....	134
b) Wertung .....	135
3. Erweiterte Auslegung des § 42 Abs. 2 VwGO (materiellrechtliche Lösung) .....	136
a) Lösungsansatz .....	136
b) Wertung .....	137
4. Ergebnis .....	138
II. Konsequenzen für das Verwaltungsprozessrecht .....	138
1. Wege zu einem ius commune des Rechtsschutzes – ein Vorschlag .....	138
2. Einklagbarkeit individueller Interessen als Entwicklungspotential im nationalen Prozessrecht .....	139
4. Teil: Auswirkung der Rezeption im nationalen Recht auf den bauplanungsrechtlichen Drittschutz .....	141
A Allgemeines .....	141

I.	Die Befugnis zur Klage nach der materiell-rechtlichen Lösung – Neuformulierung des § 42 Abs. 2 VwGO .....	141
1.	Konsequenzen für die Schutznormtheorie .....	143
a)	Beibehaltung der Schutznormtheorie .....	143
b)	Die „europäisierte Schutznormtheorie“ .....	143
c)	Die Abkehr von der Schutznormtheorie .....	144
2.	Stellungnahme .....	145
3.	Eigener Vorschlag .....	147
II.	Der Begriff des Nachbarn .....	149
III.	Die geschützte Rechtsstellung des Nachbarn .....	150
B	Die Interessentenklage im bauplanungsrechtlichen Drittschutz .....	152
I.	Die deutsche Fixierung auf die Schutznormtheorie im bauplanungsrechtlichen Drittschutz .....	152
II.	Das Abstellen auf das subjektiv-öffentliche Interesse als Erweiterung des bauplanungsrechtlichen Drittschutzes .....	153
1.	Im Abwägungsgebot, § 1 Abs. 7 BauGB .....	154
2.	In den Festsetzungen der Bebauungspläne .....	155
a)	Art der baulichen Nutzung .....	156
b)	Maß der baulichen Nutzung .....	157
c)	Die Unzulässigkeit im Einzelfall, § 15 BauNVO .....	158
d)	Ausnahmen und Befreiungen, § 31 BauGB .....	160
3.	Der nicht beplante Innenbereich, § 34 BauGB .....	160
4.	Der Außenbereich, § 35 BauGB .....	161
5.	Einfluss auf das Gebot der Rücksichtnahme .....	163
C	Weiterreichende Folgewirkungen für den Individualrechtsschutz im Bauplanungsrecht .....	165
I.	Konsequenzen auf materieller Ebene .....	165
II.	Kontrolldichte .....	166
1.	Positionen in der Literatur .....	167
a)	Reduktion der Kontrolldichte .....	167
b)	Beibehaltung des Kontrollumfangs .....	167
2.	Stellungnahme .....	168
III.	Ergebnis .....	170
5.	Teil: Die Europäisierung des Verwaltungsrechts und der baurechtliche Drittschutz – Rückblick und Ausblick .....	173
	Literaturverzeichnis .....	177